



Das **STANDARD E-Paper**
für iPhone, iPad,
Android und Desktop.



[derStandard.at/Abo](https://www.derstandard.at/abo)



foto: reuters/juan medina

Flüchtlinge an Bord eines Rettungsboots der spanischen NGO Proactiva Open Arms im Mittelmeer.

bezahlte Anzeige

30 Tage
kostenlos testen

Mehr erfahren »

kindleunlimited

Uno erklärt Mittelmeer zur tödlichsten Route für Migranten

5. August 2018, 13:15

40 POSTINGS

Mehr als 1.500 Menschen seit Jahresbeginn ertrunken – Spanien Hauptziel von Migranten – Rettungsschiff irrt schon seit mehreren Tagen im Mittelmeer herum

Genf/Madrid – "Es ist die tödlichste Seereise, die ein Flüchtling antreten kann. Und es ist an der Zeit, Alarm zu schlagen": Mit diesen aufrüttelnden Worten hat das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR auf eine wachsende Zahl von Toten im Mittelmeer aufmerksam gemacht. Demnach sind seit Jahresbeginn 1511 Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer ertrunken, davon allein 850 im Juni und Juli.

Die Zahlen seien deshalb so alarmierend, weil es mehr Todesfälle gebe, aber zugleich immer weniger Menschen in Europa ankämen, teilte das UNHCR am Freitag mit. Mehr als 62.300 Menschen haben laut offizieller Statistik in diesem Jahr das Mittelmeer überquert. Das sei etwa die Hälfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. 2017 waren nach UNHCR-Angaben 3139 Menschen im Mittelmeer ums Leben gekommen, oder sie gelten als vermisst. Die Uno-Organisation rief zu einer regionalen und gemeinschaftlichen Anstrengung auf, um Leben im Mittelmeer zu retten.

"Day Orange"

In mehreren deutschen Städten wie Frankfurt am Main, Wiesbaden und Köln demonstrierten Menschen am Samstag für eine humanere Flüchtlingspolitik und die Rettung von Migranten im Mittelmeer. In Anlehnung an die orangefarbenen Rettungswesten hatten die Organisatoren, die Initiative Seebrücke, den "Day Orange" ausgerufen. Während die Werte der EU im Mittelmeer untergingen, könne die Zivilgesellschaft einen völligen Rückfall in die Barbarei verhindern, twitterten die Seenotretter von Sea-Watch. Sie erinnerten an Artikel 2.1 der EU-Grundrechtecharta: "Jeder Mensch hat das Recht auf Leben."

Wie das UNHCR weiter mitteilte, ist Spanien mit bisher 23.500 Ankömmlingen in diesem Jahr zum Hauptziel von Migranten geworden. Danach folgten Italien mit 18.500 und Griechenland mit 16.000. Mit einem Anteil von 13,5 Prozent stellten Flüchtlinge aus dem Kriegsland Syrien die größte Gruppe.

Deutschland stellt sich darauf ein, dass viele der nach Spanien kommenden Migranten nach Deutschland weiterziehen wollen. "Wir befürchten, dass sich viele Migranten auf den Weg nach Frankreich, den Beneluxländern und Deutschland machen könnten", sagte der Staatssekretär im deutschen Innenministerium, Helmut Teichmann, der "Bild am Sonntag". "Sollten wir dies feststellen, werden wir die Schleierfahndung und Kontrollen an der deutsch-schweizerischen und der deutsch-französischen Grenze verstärken." Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch forderte via Twitter, die Grenzen dichtzumachen.

Hilfsschiff irrt seit vier Tagen im Mittelmeer herum

Die spanische Seenotrettung teilte auf Twitter mit, dass sie allein am Samstag erneut 395 Flüchtlinge von neun Booten gerettet habe. Die spanische Hilfsorganisation Proactiva Open Arms ist

nach eigenen Angaben den vierten Tag in Folge mit Geretteten an Bord unterwegs und weiß nicht, wohin sie diese bringen soll.

Nach Angaben der italienischen Denkfabrik Italian Institute for International Political Studies (ISPI), hat im Juli 2018 nur etwa jeder vierte Migrant (24 Prozent), der von Libyen per Schiff aufgebrochen ist, Italien erreicht. Das sei die bisher niedrigste Quote überhaupt. 71 Prozent seien nach Libyen zurückgebracht worden. Die restlichen Menschen seien ertrunken oder würden vermisst.

Das UNHCR rief alle Staaten entlang der Transitrouten auf, die Schmugglernetzwerke zu zerschlagen. Es müssten diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die Profit aus der Ausbeutung gefährdeter Menschen schlagen wollten. Menschenschmuggler organisierten immer gefährlichere Überfahrten in immer weniger seetauglichen Boote, hieß es. Auf diesen würden viel zu viele Menschen in der Hoffnung untergebracht, dass rechtzeitig Hilfe eintreffe. (APA, dpa, 5.8.2018)